



Fokke Schmidt jr.
Vorsitzender
Bubertstrasse 9
26757 Borkum
Telefon: 04922/3080
Telefax: 04922/308113
Mobil: 0172/7215269

ORTSVERBAND BORKUM

Dieser Leserbrief wurde in unten stehendem vollen Wortlaut an die Borkumer Zeitung gegeben. Am 26.6.2006 veröffentlichte die Borkumer Zeitung diesen stark gekürzt. Die roten Passagen fielen der Zensur durch die Borkumer Zeitung zum Opfer.

LESERBRIEF

Zwar hat die Borkumer FDP in einer ihrer letzten Pressemitteilungen ausgesagt, sich nicht an Diskussionen um Personen zu beteiligen, die Entwicklung der letzten Tage jedoch nehmen uns hier in die Pflicht über bestimmte Personen und deren Allianzen Aufklärung zu leisten:

Mit dem Artikel in der Borkumer Zeitung vom 20.6.2006, in welchem Bruno Haenelt seine Kreistagskandidatur für die AWG des Gerd Koch ankündigt, zeigt sich einmal mehr, dass es Haenelt nicht um „Gerechtigkeit“, „Bürgernähe“ oder andere von ihm häufig verbreitete Schlagwörter geht, sondern rein um den Erhalt einer politischen Bühne für seine fragwürdigen Auftritte. In SPD und FDP gescheitert, von allen anderen zur „unerwünschten Person“ erklärt, blieb ihm Ende 2005 nichts anderes übrig als zusammen mit einem Tross seiner wenigen Anhänger – von denen mittlerweile einige den Verein wieder verlassen haben, weil sie mit dem Führungsstil und dem Umgang Haenelts mit dem politischen Mitbewerber nicht übereinstimmen konnten – den Verein „pro-Borkum“ ins Leben zu rufen, der sich unter anderem „Law & Order“ und den Gewinn von Wählerstimmen von „ganz links bis ganz rechts“ auf die Fahnen geschrieben hat.

Um nicht endgültig im politischen Nichts zu versinken und somit sein eigenes Scheitern eingestehen zu müssen scheut er nun nicht einmal davor, sich mit einer Art Verzweiflungsakt Gerd Koch anzuschließen, einem Mann der bereits wegen Volksverhetzung und Beleidigung rechtskräftig verurteilt wurde und in Leer seit 1991 mit antisemitischen und rassistischen Sprüchen lokalpolitische Karriere zu machen versucht. *Ende August 1998 schrieb Koch z.B. an den „Leeraner Judenverein (oder so)“ auf dem offiziellen Briefpapier seiner AWG „(Ist) es nicht sonderbar, das manche Zeitgenossen immer neue Geldquellen auf tun? Das wird u.a. in der Schweiz versucht, in den USA, und nun werden noch Versicherungsgesellschaften abgegrast. (...) Auch mehr als 50 Jahre nach Kriegsende werden Mitmenschen des Abzockens nicht müde. Mal sehen, wer noch im nächsten Jahrtausend angezapft wird. Mit freundlichen Grüßen“* und löste damit sich überschlagende Reaktionen aus: Von

Stadtrat und Kreistag wurde er zur Aufgabe aller politischen Ämter aufgefordert, die Polizei erteilte dem Leeraner Anwalt für Privatbesuche in Ihren Dienstgebäuden Hausverbot, Fußballvereine erteilen Platzverbote usw.

Bereits 1991 fiel Koch bei seinem Eintritt in die Politik durch äußerst fragwürdige Äußerungen auf. So warf er einem kritischen Journalisten seine jüdische Abstammung vor. In einem Interview mit der Ostfriesenzeitung forderte er „mit dem vagabundierenden Gesindel“ in der Fußgängerzone „kurzen Prozess zu machen“. Einem psychisch Kranken empfahl er, er möge seine Existenz doch bitte einer „Endlösung“ zuführen.

Als die Stadt Leer 1995 zum zweiten Mal jüdische ehemalige Bürgerinnen und Bürger einladen wollte, versuchte Koch das zu verhindern „Keine Steuergelder für Juden“ lautete damals seine Parole.

Weitere Äußerungen, in denen er in unglaublicher Weise über Ausländer, Juden und andere Minderheiten „Koch`sches Gericht“ hielt führten Anfang Februar 1999 (Urteil: 4000 DM Geldstrafe wegen Beleidigung) und Ende 2001 (Beleidigung in zwei Fällen – davon einmal sexuelle Beleidigung - und Volksverhetzung in drei Fällen) zu Prozessen. 2001 hieß das Urteil: 6 Monate Freiheitsstrafe - Drei Jahre zur Bewährung und 20.000 Mark Geldstrafe. 2003 milderte das Landgericht das Urteil auf 5 Monate mit zwei Jahren Bewährung und 4000 Euro Geldstrafe ab. Im Juli 2005 folgte der nächste Prozess. Dabei ging es in drei Fällen um Beleidigung und in einem Falle um die „Behauptung und Verbreitung unwahrer Tatsachen“ um jemand anderes „verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen“. Noch unter Bewährung stehend kassierte er das nächste Urteil: sechs Monate Haft auf drei Jahre zur Bewährung und 3000 Euro Geldstrafe.

Das Haenelt, der am Anfang seiner politischen Betätigung „Sozialdemokrat“ war und sich danach für kurze Zeit „liberal“ nannte, sich nun **diesem Menschen (ersetzt durch Gerd Koch)** anschließt und für die AWG kandidiert, ist nicht mehr logisch zu erklären, sondern unterstreicht das übersteigerte Geltungsbedürfnis sowie die Selbstdemaskierung eines auf allen Ebenen Gescheiterten und seinen klaren und endgültigen Abschied von allem, was „sozial“, „demokratisch“ oder auch „liberal“ ist. Mit dem Zusammenschluss von Koch und Haenelt dürften auch die letzten Borkumer – **vor allem seine Anhänger** – begriffen haben, in welche Falle sie laufen, wenn sie diesen Mann unterstützen.

Und wenn Herr Haenelt sein Ziel erreicht hat und auch im nächsten Borkumer Rat vertreten ist, dann spätestens werden seine heute noch blind ergebenden treuen Vasallen erkennen, dass er sie nicht mehr braucht. Besser wäre es, heute schon aufzuwachen und dafür zu sorgen, dass Bruno Haenelt endgültig die Borkumer Politbühne verlassen muss, bevor er sich der Aussagen seines neuen AWG-Kumpels Koch bemächtigt und seine Auftritte im Borkumer Rathaus inhaltlich noch fragwürdiger und schlimmer werden, als wir es bis heute schon erleben dürfen.

Sicher dürfte allerdings sein, das Haenelt, der noch bei der Singer-Affaire im Frühjahr 2005, in welcher es um die Vorstrafe des designierten Tourismusmanagers ging, am lautesten nach Konsequenzen für die Verantwortlichen gerufen hat, mit der Vergangenheit seines neuen Spielkameraden Koch bestens vertraut ist.

Wenn Bruno Haenelt auch nur einen Funken Anstand hat und nicht noch den letzten Rest seiner ohnehin nur schwach vertretenen politischen Glaubwürdigkeit aufs Spiel setzen möchte, muss er sich nach diesem AWG-Faux-Pas schleunigst aus der Politik zurückziehen und auf eine Kandidatur für Rat und Kreis verzichten. Nichts anderes ist die richtige Konsequenz.

Fokke Schmidt jr.
für den Vorstand der FDP Borkum